

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postkontonr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
**Telegraphen-Adresse:** Volkszeitung Leipzig  
**Telephon 18093. — Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — **Telephon 4596**

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 Mk., bei Platzvorkauf 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. **Reklame-Kolonelle** 7.50 Mk. — **Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721**  
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Simons kündigt neue Vorschläge an.

Berlin, 11. April. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Aus Paris wird gemeldet: Der Minister Simons hatte während seiner Durchreise in Bern eine Unterredung mit dem Berichtsersteller des Rates, Jules Sauerwein. Der Minister erklärte, daß er bestimmte Mitteilungen über das neue deutsche Angebot noch nicht machen könne. Er habe nicht verstanden, ein Eingreifen der Vereinigten Staaten zu erlangen. Es handele sich aber nicht nur um den Wiederaufbau der vertriebenen Gebiete, Frankreich wolle ohne Zweifel Geld haben. Geld aber könne Deutschland nur unter großen Schwierigkeiten beschaffen. Der Minister erklärte: Wie können das Problem nur durch eine Verständigung mit Frankreich lösen. In der Reparationsfrage ist Frankreich die beherrschende Macht, es leitet die Aktionen. Ich bin vollkommen davon überzeugt, daß keiner seiner Verbündeten es daran hindern wird, seine Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen und immer schärfere Zwangsmaßnahmen anzunehmen. Wenn es uns niederzulegen will, kann es das tun. Ich habe niemals auf die Uneinigkeit unter den Alliierten gerechnet. Man muß mit Frankreich verhandeln, aber ich glaube nicht an die Methoden von Paris und London. Man muß neue Grundlagen suchen und neue Verhandlungen einleiten. In Brüssel war man auf einem guten Wege. Der Minister erklärte dann weiter, daß er sein Recht hatte, bei den Verhandlungen in London den in Paris vorgeschlagenen abänderungsfähigen Faktor anzunehmen und daß er weder einen anderen vorschlagen konnte noch anregen, die Sache einer Konferenz von Sachverständigen zu überweisen. Man hätte sonst geglaubt, daß er den Grundjah der abänderungsfähigen Annahmen selbst ablehne. Das sei nicht richtig, nach seiner Ansicht gäbe es eine Möglichkeit, in kurzer Zeit etwas Bestimmtes zu finden. Er sei in London weitergegangen, also es mit seinen Institutionen vereinbar war, weil er ein Mann sei, der viel mehr das Gefühl der deutschen Verpflichtungen habe als die meisten, die ihr Wirken hauptsächlich auf die innere Politik richten. Der Minister wies dann darauf hin, daß die Arbeitsbedingungen eine sehr wichtige psychologische Rolle bei der Zahlungsfähigkeit Deutschlands spielen. Genauer könnte er noch nicht sagen, bevor er mit dem Ministerium Rücksprache genommen habe, er erkläre aber, daß er nicht gewillt sei, in einer Regierung zu bleiben, die nicht ihre Pflicht bis zur Grenze der deutschen Leistungsfähigkeit erfüllen wolle. Deutschland werde in einigen Tagen seinen guten Willen in unüberlegbarer Weise darlegen. Er sei überzeugt, daß das französische Volk es vorziehen werde, den guten Willen Deutschlands auf die Probe zu stellen, als durch den Druck der Waffen einen schon unbewussten Gegner, ohne daß jemand Nutzen daraus ziehen könnte, zugrunde zu richten.

### Siegerwald preußischer Ministerpräsident.

Berlin, 9. April. In der heutigen Sitzung des Preussischen Landtages wurde der Abg. Siegerwald (Ztr.) mit 332 von 388 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. 23 Stimmgelbe waren unbeschrieben, die übrigen Stimmen waren zerstückelt. Die Wahl wurde von der Mehrheit mit Beifall aufgenommen. Ferner wurde in der endgültigen Wahl Präsident Deubert wiedergewählt, der gleiche Abg. Dr. Borst (Ztr.) zum ersten Vizepräsidenten, Dr. v. Reles (DnL.) zum zweiten Vizepräsidenten, Abg. Garnisch (D. Vd.) zum dritten Vizepräsidenten.

### Die Streikbewegung in England. Direkte Verhandlungen zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern.

Berlin, 11. April. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Aus London kommen Nachrichten über eine Entspannung der Lage. In den Verhandlungen der Regierung mit den Parteien ist eine Lösung gefunden worden, um die streikenden Parteien zu Verhandlungen zu bewegen. Die Regierung beruft zu Montagvormittag 11 Uhr eine gemeinsame Konferenz mit den Vertretern der Grubenbesitzer und der Bergleute ein. In dieser Konferenz werden alle Streitfragen besprochen werden. Die Delegationen der Bergleute haben daraufhin bereits ihren sämtlichen Zweigvereinigungen Befehl erteilt, daß die Mitglieder nichts unternehmen dürfen, was die Sicherung der Bergwerke gefährde oder die Anwendung von Gewalt seitens der Bergwerksbesitzer hervorgerufen könnte.

### Die Gegenaktion.

#### Militarisierung der Eisenbahnen.

Paris, 9. April. (DnL.) Die Londoner Telegramme der Pariser Blätter bestätigen, daß die Truppen sämtlicher englischen Garnisonen infolge der sehr schwierigen inneren Krise in der Bereitschaftstellung stehen und daß in den Kohlenreserven Nord-Englands das Standardrecht verhängt worden sei. Die Truppenkommandanten machten durch Anschläge bekannt, daß Widerstand gegen die bewaffnete Macht, ferner Sabotage an Eisenbahnen und in den Bergwerksgruben mit dem Tode bestraft werden. Die Regierung hat auf die Ausgabe der Streikparole durch die Eisenbahner die Militarisierung der Hauptverbindungslinien des Landes grundsätzlich verweigert. Nach der Daily Mail sind mehrere kommunistische Blätter in England wegen Aufregung zur Revolution beschlagnahmt und das Weitererscheinen für die Dauer der Streikbewegung verboten worden. Die Regierung hat neue außerordentliche Maßnahmen hinsichtlich der Einschränkung des Kohlen-, Licht- und Stromverbrauchs getroffen.

#### Blond George als Diktator.

London, 9. April. Die königliche Proklamation, die gestern abend im englischen Parlament verlesen wurde, macht Blond George zum Diktator mit fast unumschränkter Vollmacht. Nach

der Entschliessung des Arbeiterdreibundes wurden die drei Führer Thomas, Williams und Herbert Smith zum Generalkomitee der Arbeiter ernannt. Sie haben dauernde Konferenzen, um den Kampf der Arbeiter zu dirigieren. Wenn der englische Bergarbeiterstreik lange dauern sollte, so wird nach einer Meldung aus New York Amerika inständig sein, eine fast unbegrenzte Menge Steinkohle für industrielle Zwecke zu liefern. Der amerikanische Steinkohlevorrat beträgt mehr als die englische jährliche Ausfuhr, nämlich 75 Millionen Tonnen.

### Die Mobilisierung des Bürgerlums.

London, 10. April. Während des ganzen gestrigen Tages strömten ununterbrochen Freiwillige durch London, die sich für alle Notstandsbedürfnisse während des Streiks zur Verfügung stellten. Es war ein Bild, das an die Aushebung während des Krieges erinnerte. Sämtliche eingehenden Berichte zeigen auch weiterhin eine Abmilderung der Eisenbahner, den Streik zu unterbrechen. Besonders bemerkenswert ist, daß die Eisenbahner in dem für gewöhnlich sehr unruhigen Südwesten in nichts den Streik begünstigen. Auch in Hull gehen unter den Eisenbahnern hinsichtlich des Streiks die Meinungen sehr stark auseinander. (Reuter.) London, 11. April. Infolge des Aufstaus der Regierung treten viele Freiwillige in den Dienst. Allein in London sind 23 Bataillone gebildet. Die Regierung beabsichtigt, eventuell sofort Männer an die Fronten zu senden, um die Bergwerke zu retten.

### Die Regierung soll abtreten.

London, 9. April. Daily Herald veröffentlicht eine Erklärung Hodges', des Sekretärs des Bergarbeiterverbandes, an das Blatt, worin er erklärt, die Regierung sei von dem Wankhalse besetzt, die Arbeiter zu erdrücken. Die Arbeiter würden niemals durch einen Beschluß der Regierung, ihnen Bedingungen durch militärische Gewalt aufzuzwingen, erschreckt werden. Sie hätten nur um eine bedingungslose Konferenz gebittet. Statt dessen hätte man ihnen Diktate entgegengeschleudert. Hodges' schließt: Die Regierung muß gehen. Es ist unsere Pflicht, sicherzustellen, daß sie geht.

Daily Herald schreibt unter der Überschrift: Der große Ruf, die Kapitalisten und ihre Regierungen hätten einen tödlichen Angriff auf die gesamte Arbeiterschaft ausgeführt. Sie hätten dem Lande den größten industriellen Konflikt aufzuzwingen. Die Hauptsache für die Arbeiter sei, fest zu stehen, sich ruhig zu verhalten und es abzuwarten, sich zu irgendwelchen unannehmlichen oder ungewalttätigen Handlungen zwingen zu lassen. Es ist zu erwarten, daß die größte Kraft der Arbeiterklasse. Das Blatt schließt seinen Ruf an die Arbeiter mit den Worten: Der Kampf geht um eure Organisationen, eure Traditionen, euer Heim, euer Land, eure Frauen und Kinder, und ihr werdet ihn ruhig kämpfen, friedvoll und mit reinen Händen.

### Folgen des Streiks.

London, 11. April. (DnL.) Benruhigende Nachrichten kommen aus Northumberland und Durham, wo 229 Bergwerke stillstehen, und wo verheerendste Brände ausgebrochen sind. In Redington wurden die Gebäude der Bergwerksdirektion verbrannt. Verheerendste wurden Versuche unternommen, die Telegraphenlinien zu unterbrechen. Die Ausschreitungen werden wie gewöhnlich den Stimmstimmern zugeschrieben. Besonders Verluste drohen in Kohle, infolge Zurücknehmens der Freiwilligen, von denen bisher stündlich 200 000 Liter Kohle ausgepumpt wurden. Die Verantwortlichen der Bergwerke erklären, daß alle Bergwerke gegen einen Zusammenbruch unter Wasser stehen, wenn die Verfüllung nicht zurückgenommen würde. Die Folgen des Bergarbeiterstreiks machen sich besonders im Distrikt von Merthyr, wo alle Kohlen stillgelegt worden sind. In Merthyr sind verschiedene Werkstätten geschlossen. In Lautkan wird der Schaden, der durch das Erfahren der Bergwerke entstanden ist, bereits auf 100 000 Pfund geschätzt. Es werden viele Wochen vergehen, ehe die Arbeit voll wieder aufgenommen werden kann.

### Die Münchener Polizeiaktion gegen die Kommunisten.

München, 11. April. (Eigene Drahtmeldung der D. V.) Die in München und Umgebung von der Polizei vorgenommenen Massenverhaftungen von Kommunisten werden durch einen amtlichen Polizeibericht dadurch zu rechtfertigen versucht, daß die Verhafteten größere Mengen Sprengstoff in ihrer Wohnung gehabt hätten, und daß groß angelegte Pläne zur Lahmlegung des Eisenbahnverkehrs, zur Sprengung von Brücken während der mitteldeutschen Bewegung bestanden hätten. Mit den Sprengstoffmengen sollten nach dem Polizeibericht die Brücken in Augsburg, München und Rosenburg in die Luft gesprengt werden. Der ganze Bericht ist eine Phantasie polizeilicher Behörden. In Wirklichkeit haben die Verhafteten, die zum größten Teil arbeitslos waren, sich Sprengstoff verschafft, um Wurzelstöcke zu sprengen, teilweise hatten sie zu diesen Sprengarbeiten Auftrag von einer Münchner Bräuerei. Die Wurzelstöcke konnten aber dann nicht gesprengt werden, weil sie in Jungholzanlagen standen. Es ist auch unter den Münchener Arbeitslosen ganz allgemein üblich, sich durch Sprengen von Wurzelstöcken ein kleines Einkommen zu verschaffen. Das ist der Münchener Polizeibericht genau so gut bekannt, wie jedem andern. Aber sie braucht derartige Verschönerungspläne, daß Brückenverengungen beschlichtigt seien usw., um damit nach außen hin den Eindruck zu erwecken, als ob die bayerischen Kommunisten eine besondere große Gefahr seien, damit sie dadurch das Weiterbestehen der konterrevolutionären Einwohnerwehren rechtfertigen kann. Die ganze Polizeiaktion ist nichts anderes als ein großer bluff.

### Die Stimme des Proletariats.

Während die kapitalistischen Regierungen Frankreichs, Englands und Deutschlands unentwegt ihre alte Politik der Drohungen und des Troges, die ganz Europa, Sieger wie Besiegte ins Verderben zu stürzen droht, fortsetzen, während Briand mit der starken Hand droht, die er auf das wehrlose Deutschland herniederlassen will und Simons, wie das französische Echo auf seinen Notwechsel mit Amerika beweist, es nicht versteht, die Atmosphäre des Mißtrauens, von der Deutschland seit Jahrzehnten umgeben ist, zu beseitigen, sind die Vertreter der revolutionären sozialistischen Arbeiterschaft Frankreichs, Englands und Deutschlands in Amsterdam zusammengetreten um das Werk des Wiederaufbaus und der Weltverbrüderung, zu dem sich die Regierungen dieser Länder unfähig gezeigt haben, in Angriff zu nehmen, wie es ihnen von der Wiener Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft aufgetragen worden war. Und so haben in vierlätziger rastloser Arbeit den Weg gefunden, der ihnen von Wien vorgezeigt worden war, den Weg, der Europa aus dem unheiligen Kriegs- und Nachkriegs-Chaos herausführen soll. Sie konnten und mußten ihn finden, da sie nicht die gegenwärtigen kapitalistischen Interessen der beteiligten Länder zu wahren hatten, wie die Regierungen, die Beauftragten des Kapitals, da sie aber auch nicht egoistische nationalstaatliche Interessen zu wahren hatten, wie die Vertreter der Zweiten, reformistischen Internationalen, sondern da aus ihnen die Stimme des internationalen sozialistischen Proletariats sprach, das die Wahrung seiner höchsten und heiligsten Interessen in der internationalen Solidarität, in der internationalen Zusammenarbeit und Verständigung erblickt.

Die Vertreter der Internationalen Arbeitsgemeinschaft haben zwar nicht in Zusammenarbeit mit dem internationalen Gewerkschaftsbund, wie es ursprünglich geplant war, aber doch in voller Übereinstimmung mit ihm, wie sie durch den gemeinsamen Ausgangspunkt und die gemeinsamen proletarischen Interessen verbürgt war, einen vollständigen, läckenlosen, bis ins einzelne gehenden Wiederaufbauplan entworfen, der die von den kapitalistischen Regierungen vergebens gesuchte Lösung der schwierigen Wiedergutmachungsfrage bedeutet, ohne aber die sofortige Umwälzung der gegenwärtigen kapitalistischen Struktur der Wirtschaft als notwendige Voraussetzung hinzustellen. Denn wenn wir uns wie die Kommunisten darauf beschränken wollten, die Unzulänglichkeit jedes Lösungsversuches auf kapitalistischer Grundlage aufzuzeigen, so würden wir den kapitalistischen Vertretern Vollmacht geben, die Lösung in einer Verleumdung Deutschlands durch die Entente und in einer Verschärfung der Verleumdung des deutschen Proletariats durch die Bourgeoisie zu suchen. Gegen eine solche Lösung, die den Untergang nicht nur des deutschen Proletariats, sondern auch des Proletariats der Entente und weiterhin der ganzen Welt zur Folge haben müßte, mußte sich das ganze Proletariat international zur Wehr setzen und einen Plan auszuarbeiten versuchen, der zunächst die kapitalistische Grundlage nicht antastet und doch die gerechten Ansprüche sowohl der zerstörten Gebiete und der gesamten Wirtschaft Europas auf Wiederaufbau, wie auch die Ansprüche Deutschlands auf Erhaltung und Wiederaufbau seiner Wirtschaftskraft befriedigt.

Friedlich ist die Methode, die nach dem Vorschlag der Internationalen Arbeitsgemeinschaft zur Lösung der Wiedergutmachungsfrage eingeschlagen werden soll, nicht auf kapitalistischen Grundfragen aufgebaut und muß in ihren letzten Konsequenzen zu einer Überwindung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung führen. Aber der Kapitalismus ist ohnehin auch heute schon auf Schritt und Tritt genötigt, seine eigenen Prinzipien zu durchbrechen, sich selbst zu negieren, über sich hinauszuerschreiten und den Grundgedanken der freien Konkurrenz, der Anarchie der Wirtschaft zu erfassen durch eine gewisse, wenn auch bei sonstiger Aufrechterhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsmethoden ganz unzulängliche Regelung der Wirtschaft — er wird früher oder später auch in dieser Frage kapitulieren und sich zu der vom internationalen Proletariat vorgeschlagenen Lösung bekennen müssen.

Das Kapitalistische und daher Verfehlte an den Vorschlägen der Entente und den Gegenvorschlägen Deutschlands war, daß sie sich nicht der Festlegung einer bestimmten, ziffernmäßig ersichtbaren Entschädigungssumme begnügten, die Frankreich und Belgien in die Lage setzen sollte, ihre amerikanischen Schulden abzugahlen und die zerstörten Gebiete mit der kapitalistischen Methode der freien Konkurrenz wieder aufzubauen. Das über das kapitalistische Wirtschaftsprinzip hinausgehende an den Amsterdamer Vorschlägen ist, daß Deutschland nicht zur Zahlung einer Rente verpflichtet werden soll, die aus den Arbeitserträgen des deutschen Proletariats in die Taschen der Kapitalisten der Entente fließen würde, sondern daß durch die wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit aller Völker, an der natürlich Deutschland den Hauptteil tragen müßte, alle Kriegsschäden nicht